

Absender
Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Drucksachen-Nr.

0449/2014

öffentlich

Antrag

der Fraktion, der/des Stadtverordneten
Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

zur Sitzung:
Rat der Stadt Bergisch Gladbach am 23.10.2014

Tagesordnungspunkt

Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 06.10.2014
(eingegangen am 09.10.2014) zur Prüfung der Auswirkungen des
transatlantischen Handelsabkommens auf die kommunale Daseinsvorsorge

Inhalt:

Die Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN beantragt mit Schreiben vom 06.10.2014
(eingegangen am 09.10.2014):

Der Rat bittet die Verwaltung folgendes zu prüfen:

- 1) Welche Konsequenzen hat das derzeit von der EU-Kommission im geheimen verhandelte Transatlantische Freihandelsabkommen mit den USA (TTIP) sowie das Abkommen mit Kanada (CERA) für die Stadt Bergisch Gladbach, so z.B. für die öffentliche Auftragsvergabe, Energiepolitik und Umweltschutz wie auch für Tarife und Arbeitsbedingungen der Stadt Bergisch Gladbach, der städtischen Gesellschaften und Eigenbetriebe?
- 2) Inwieweit wären durch eine Liberalisierung des internationalen Dienstleistungshandels auch Dienstleistungen der Daseinsvorsorge für die BürgerInnen der Stadt Bergisch Gladbach, wie z.B. in Bildung, Kulturförderung, Gesundheit, soziale Dienstleistungen,

Abwasser- und Müllentsorgung, öffentlicher Nahverkehr oder der Wasserversorgung, betroffen?

Das Schreiben der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN ist dieser Vorlage als Anlage beigelegt.

Stellungnahme der Verwaltung:

Gemäß § 1 Absatz 2 der Zuständigkeitsordnung der Stadt Bergisch Gladbach (ZuO) sind alle Angelegenheiten, über die der Rat Beschluss fassen soll, vorher von den Ausschüssen des Rates zu beraten, soweit sie in deren Zuständigkeit fallen.

Gemäß § 6 Absatz 1 Nr. 6 ZuO berät der Haupt- und Finanzausschuss über Angelegenheiten, die nicht einem anderen Ausschuss zugewiesen sind.

Berührt ein Antrag einer Fraktion die Zuständigkeit eines Fachausschusses, ist er ohne Aussprache an den betreffenden Ausschuss zu überweisen, § 12 Absatz 1 der Geschäftsordnung der Stadt Bergisch Gladbach.

Entsprechend dieser Regelung wird vorgeschlagen, den Antrag der Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN ohne Aussprache an den Haupt- und Finanzausschuss zu überweisen.